

Auf den Spuren der direkten Demokratie im Westen der USA

Die Befürworter bundesweiter Volksentscheide verweisen gern auf Länder, in denen die direkte Demokratie eine lange Tradition hat und das Volk immer wieder direkt abstimmt, wie in der Schweiz oder in Kalifornien. Die Gegner auch. Aus der Schweiz werden Volksentscheide ins Feld geführt, die Grundrechte antasten, wie die Abstimmung zum Minarettverbot. Dann heißt es: Wollt ihr das in Deutschland? Aus Kalifornien sind es finanzwirksame Volksentscheide, die mit verantwortlich gemacht werden für die desolaten Staatsfinanzen. Außerdem sei die direkte Demokratie hier längst kommerzialisiert. Unterschriftensammlungen sind an Agenturen abgegeben und der Erfolg wird einfach gekauft – von denen, die es sich leisten können. Wollt ihr das so? So bestimmt nicht. Gerade überarbeitet Mehr Demokratie e.V. seine Vorschläge für den bundesweiten Volksentscheid. Es lohnt also genauer hinzuschauen – in die Schweiz, aber auch nach Kalifornien.

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck haben sich mit einer international besetzten Gruppe auf die Spuren der direkten Demokratie im amerikanischen Westen begeben. Organisiert hat die Reise das Schweizer „Initiative and Referendum Institute Europe“ gemeinsam mit Democracy international. Der Anlass: Am 10. Oktober feiern die Kalifornier den 100. Jahrestag der Einführung der direkten Demokratie in ihrem Land.

100 Jahre direkte Demokratie in Kalifornien

Wir starten um 16.15 Uhr in München und sind drei Stunden später, um 19 Uhr, in San Francisco. Mit 9 Stunden Zeitverschiebung allerdings. Zeit, um uns vorzubereiten. Wir lesen im Jahrbuch für direkte Demokratie 2009. Hermann K. Heußner hat dort die Abstimmungen in den USA analysiert und die direktdemokratischen Instrumente beschrieben: Bis auf Delaware kennen alle 50 Bundesstaaten die direkte Demokratie, da die vom Parlament beschlossenen Verfassungsänderungen zwingend dem Volk vorgelegt werden müssen. Wir kennen das aus Hessen und Bayern. In 21 Bundesstaaten können Initiativen selbst aktiv werden und sowohl Gesetzesinitiativen starten als auch Verfassungsänderungen in Gang bringen. Dabei ist zwar die direkte Demokratie in Kalifornien nicht die älteste in den USA (South Dakota hat die Gesetzesinitiative aus dem Volk bereits 1897 eingeführt), aber es eine mit der lebendigsten Praxis. In den USA hat es bisher mehr als 2.300 Volksabstimmungen gegeben.

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck
aus San Francisco, 19.9.2011

Der Adler ist abgestürzt

Heute haben wir den “The Gray Eagle of the Democracy“ kennen gelernt, einen Senator. Sein Pamphlet gegen das Frauenwahlrecht war in einer Ausstellung in der Berkley Universität zu sehen. Am 10. Oktober 1911 ist der selbsternannte graue Adler abgestürzt. 22 Verfassungsänderungen wurden damals dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Schon seit 1850 müssen in Kalifornien vom Parlament vorgesehene Änderungen der Verfassungen vor das Volk. 1911 wurden mit großer Mehrheit das Wahlrecht für Frauen eingeführt und auch die direkte Demokratie erheblich ausgebaut. Seither gibt es hier die Möglichkeit, Gesetzesinitiativen zu starten und Gesetze des Parlamentes nicht in Kraft treten zu lassen

(notwendig: 5 % Unterschriften), Verfassungsänderungen anzuregen (8 %) und Politiker abzuwählen (11 %). Ein Kuriosum: Die Unterschriftenhürde bezieht sich nicht wie in Deutschland auf die Anzahl der Stimmberechtigten, sondern auf die Anzahl derer, die sich an der letzten Wahl beteiligt haben. Sinkt also die Wahlbeteiligung, sinkt auch die Unterschriftenhürde. Wir fragen Joe Matthews, einen Journalisten und Kenner der direkten Demokratie, welches die Hintergründe sind: „Das ist schon 100 Jahre so, warum, weiß niemand.“

Noch einmal zurück zu der Ausstellung über das Frauenwahlrecht. Zukünftig haben wir also ein Beispiel, mit dem wir denen begegnen können, die der direkten Demokratie anlasten, dass die Schweizer Männer erst 1971 dafür votiert haben, dass auch Frauen wählen dürfen. Interessant für uns sind auch die Argumente, die damals gegen das Frauenwahlrecht ins Feld geführt worden sind. Die Kinder würden verwahrlosen, allein gelassen von Frauen, die zur Wahl gehen, die kriminellen und unverantwortlichen Stimmen würden sich verdoppeln ... abstruser geht es kaum. Dennoch erkennen wir ein Muster. Wird nicht immer von den grauen Adlern, die über der Gesellschaft kreisen und sich anmaßen, sie in Gänze überblicken zu können, der Niedergang der Gesellschaft beschrien, wenn Menschen mehr Rechte eingeräumt werden sollen und sich das Bild, das sich von oben bietet, verschieben könnte?

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck
aus San Francisco, 20.9.2011

Umgesattelt

Wie ein Pflug sieht das Haus aus, das zwei Jahre nach dem großen Erdbeben von San Francisco 1906 erbaut wurde – Stammsitz eines Unternehmers, der den Boden für Hiram Johnson bereitet hat. Das Erdbeben und die darauf folgende Feuersbrunst haben die Stadt in Schutt und Asche gelegt. Dabei ist auch der Zustand der Gesellschaft offenbar geworden. Die Feuerwehr und Sicherheitsmaßnahmen waren durch Korruption in desolatem Zustand. Johnson ist als Anwalt, unterstützt von dem finanzstarken Unternehmer, gegen einen Mafiaboss vorgegangen und hat später als Gouverneur kandidiert. Er muss nicht der charismatischste Redner gewesen sein, aber er konnte die Menschen motivieren, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, aufzustehen und für ihre Interessen einzutreten. Ihm ging es darum, den Durchgriff der Southern Pacific Railroad zu brechen. Die riesige Bahngesellschaft hat sich nicht nur den Weg für die Eisenbahnen freigeschossen, sondern auch die gesamte Politik gekauft und für ihre Interessen gefügig gemacht. Nachdem er tatsächlich als Gouverneur vom Volk direkt gewählt war, hat Johnson Reformen in Gang gebracht und Vorschläge für die Einführung der direkten Demokratie ausgearbeitet, die am 10. Oktober 1911 vom Volk angenommen wurden. Damit war die direkte Demokratie als Gegenmodell zur verkommenen repräsentativen Demokratie eingeführt. Dies ist bis heute zu spüren. Es gibt keine Verzahnung zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Beide werden als Gegensätze betrachtet. Volksinitiativen müssen vom Parlament nicht beraten werden. Auch hat das Parlament nicht die Möglichkeit, eine Alternativvorlage zum Vorschlag der Initiative vor das Volk zu bringen. Es scheint so, als hätten die Kalifornier 1911 einfach auf ein anderes Pferd gesetzt und das Parlament wie einen abgehalfterten Gaul im Stall stehen lassen. Wir erleben mehrere Podien, die sich darum drehen, wie die Kommunikation in die direktdemokratischen Prozesse zurückgeholt werden kann. Dabei scheint das Verhältnis von Parlament und Volk eine Schlüsselrolle einzunehmen. – Übrigens, Hiram Johnson, ist weltbekannt geworden mit dem Satz: „Die Wahrheit ist das erste Opfer des Krieges.“

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck

aus San Francisco, 21.9.2011

Eher ein Hammer als ein Schraubenzieher

Wir besuchen einen Stadtrat von San Francisco im imposanten Rathaus und blättern zur Einstimmung im Abstimmungsheft (besser: Abstimmungsbuch) vom vergangenen November. Die Bürgerinnen und Bürger von San Francisco hatten nicht nur den Gouverneur, Richter, Sherrif, Schulamtsleiter u.a. zu wählen und konnten auch abstimmen über neun Gesetzesinitiativen auf Landesebene und 15 Initiativen in der Stadt. Das müssen nicht immer Initiativen aus der Bürgerschaft sein. Auch der Bürgermeister, ja sogar Provinzbürgermeister, die sich im Stadtrat nicht durchsetzen können, haben die Möglichkeit, Themen zur Abstimmung zu bringen. So würden mitunter kurz vor Wahl – schlecht durchdachte und ebenso schlecht gemachte – Themen gesetzt, um dem Volk zu zeigen, worum man sich kümmert. So wird die direkte Demokratie zum Steigbügelhalter für Kandidaten. Aber auch Initiativen der Bürgerinnen und Bürger haben es leicht. Da sich die Unterschriftenhürde nach der Beteiligung an der jeweils letzten Wahl bemisst, müssen in der Millionenstadt San Francisco mal 10.000 Menschen für ein Bürgerbegehren unterschreiben, mal auch nur 2.700. Das dürfte dem entsprechen, was eine Initiative im Thüringischen Weimar sammeln müsste. Nur hat Weimar etwa 40.000 Stimmberechtigte. Wieder begegnen wir einer Frontstellung zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. „Die direkte Demokratie ist in Kalifornien eher ein Hammer als ein Schraubenzieher“, so beschreibt Bruno Kaufmann, Präsident des IRI, die Situation. Da schauen wir uns kurz an und überwinden die Scham, als Verfechter der direkten Demokratie an höhere Hürden zu denken. Dies aber liegt wohl auf der Hand, jedenfalls für die Stadt San Francisco. Verallgemeinern lässt sich das kaum, da hier jede Stadt völlig frei ist, sich selbst zu organisieren. Verallgemeinern aber lassen sich Vorschläge, direkte und repräsentative Demokratie stärker zusammenzudenken: Der Stadtrat sollte auch nach einem Bürgerentscheid noch agieren können. Ob die Bürgermeister ohne Stadtratsbeschluss einen Bürgerentscheid ansetzen können sollten, bleibt uns eine offene Frage. Auf jeden Fall aber sollte der Stadtrat eine Alternativvorlage zu den Vorschlägen der Initiative mit zur Abstimmung stellen können.

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck
aus San Francisco, 22.9.2011

It's time for revolution

Kalifornien sei bankrott, verschuldet und hätte keine Chance aus dem Dilemma zu kommen. Das wird der direkten Demokratie angelastet. Tagelang sind wir um das Thema gekreist. Jetzt nähern wir uns des Pudels Kern und buchstabieren die Situation. Also: 1. Per Volksentscheid wurde durchgesetzt, dass Steuererhöhungen vom Parlament nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit beschlossen werden können. 2. Der Staatshaushalt muss stets ausgeglichen sein, darf also keine Schuldenaufnahme vorsehen. 3. Für Volksinitiativen gilt der Grundsatz nicht. Beschließt das Volk zusätzliche Ausgaben, muss das Parlament später sehen, wie es dies organisiert. 4. Will das Parlament einen Kredit aufnehmen, also Schulden machen, muss dies vom Volk freigegeben werden. – Das klingt tatsächlich so, als wäre das Parlament damit handlungsunfähig und müsste nur die Scherben aufkehren, die das Volk mit seinen unverantwortlichen Volksentscheiden hinterlässt. Aber, schauen wir genau hin: 1. Die Schulden des Staates Kalifornien mit seinen 38 Millionen Einwohnern belaufen sich auf 70 Milliarden Dollar, etwa 56 Mrd. Euro. Deutschland hat 2.500 Mrd. Euro Schulden, Berlin 62 Mrd. (Wir finden keinen einzigen Hinweis, dass dieser Staat einem Bankrott entgeht. Die öffentlichen Einrichtungen sind in einem Top-Zustand. Sozial allerdings gibt es, wie in

allen anderen US-amerikanischen Staaten heftige Probleme.) 2. Die meisten Volksentscheide, die zu Mehrausgaben führen, werden nicht aus der Mitte des Volkes gestartet, sondern vom Parlament selbst initiiert, um so Mehrausgaben legitimieren zu lassen. („Das, was Politiker hier zuerst lernen, ist, wie man die direkte Demokratie für die eigenen Interessen nutzt, sagt Joe Matthews, unser Reiseleiter.) 3. Die Politik – so einer der ständig gehörten Vorwürfe – agiert nicht in Verantwortung für das Gemeinwohl, sondern hängt am Gängelband der großen Unternehmen. Hier wird also versucht, Geschäfte zu machen auf dem Rücken der Allgemeinheit mit dem Segen der Allgemeinheit. (So gab es eine vom Parlament initiierte Volksinitiative für Naturparke; in Wirklichkeit ging es darum, die Erschließung einer Region für Bebauung durchzusetzen. Anderes Beispiel: Die privat unterhaltenen Gefängnisse, die vom Staat genutzt und finanziert werden, unterstützen Volksinitiativen zur Verschärfung des Strafrechts, damit die Gefängnisse besser ausgelastet werden.) Der Parlamentarismus scheint noch ebenso anfällig für Korruption wie vor 100 Jahren. 4. Unterschriftensammlungen werden nicht von Initiativen durchgezogen, sondern von Firmen, die damit beauftragt werden. Eine Initiative muss man sich also leisten und über ein Budget von rund einer Million Dollar verfügen (die letzte ehrenamtliche Sammlung auf Landesebene war 1982).

Die Forderungen, die zum Beispiel Marc Paul aus Sacramento, ein Journalist, aufmacht: Es sollte einen Kostendeckungsvorschlag geben für finanzwirksame Volksbegehren. Und der Gouverneur sollte ein Vetorecht haben und Gesetze nicht unterzeichnen, wenn das Parlament dem Volk eine Schuldenaufnahme vorschlägt ohne festzulegen, wie diese finanziert werden sollen. Anfänge. Immerhin.

Wir meinen: It's time for revolution in California, to break the power of money by using direct democracy! Wir entwerfen schon die Kampagne, die hier anstünde: Eine grundlegende Verfassungsreform. Gründung eines breiten Bündnisses. Orientierung auf einen Volksentscheid in zehn Jahren. Ausschließlich mit ehrenamtlichen Sammlerinnen und Sammlern.

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck
aus Sacramento, 23.9.2011

Trotz alledem

Alles dreht sich um's Geld und ohne Geld geht gar nichts. Das haben wir in Kalifornien gehört, das hören wir nun auch in Arizona. 175.000 Unterschriften sind hier für eine Gesetzesinitiative notwendig (10 % der Wähler zur vergangenen Gouverneurswahl), 260.000 für eine Verfassungsänderung (15 %). Die Sammlungsfrist beträgt 18 Monate. „Ohne bezahlte Unterschriftensammler gibt es keine erfolgreiche Initiative aus dem Volk“, sagt Erik Noack, einer der es wissen muss. Der Arzt hatte Millionen-Budgets der Versicherungen und Krankenhäuser gegen sein Volksbegehren, mit dem er eine Reform des Krankenkassensystems erreichen wollte. Auch eine Agentur, die Kampagnen organisiert und damit eben auch Unterschriftensammlungen, bestätigt dies. So werden den Sammlerinnen und Sammlern am Anfang einer Sammlung 70 Cent pro Unterschrift bezahlt, kurz vor Ablauf der Sammlungsfrist können es 8 Dollar sein. Im Schnitt sind es 5 Dollar, die Initiativen für eine Unterschrift investieren, macht im Falle des Volksbegehren zur Krankenkassenreform eben knapp eine Million Dollar. Die freischaffenden Sammler sprechen mitunter die Menschen zu fünf oder sechs Volksbegehren gleichzeitig an. Ob das Gespräch um die Sache – das wir von Mehr Demokratie gern als Seele der direkten Demokratie bezeichnen – auf der Straße in Gang kommt, bleibt uns ein Rätsel. Für den Kampf um den Volksentscheid werden Budgets von bis zu 30 Millionen Dollar mobilisiert.

Es geht auch anders. Das vermittelt uns Dane Waters von einer Tierschutzorganisation mit elf Millionen Mitgliedern. Er selbst ist Direktor für Volksbegehren – so sehr ist das Instrument bei der Organisation etabliert. Mehr als 40 Volksbegehren haben sie in den vergangenen 20 Jahren in den Ländern durchgezogen, die die direkte Demokratie kennen, auch in Arizona und Kalifornien. Die Erfolgsquote **liegt bei 67 %**. Und: Sämtliche Unterschriften werden von Ehrenamtlichen gesammelt. Waters rechnet mit 30 Cent pro Unterschrift. Auch würden die Initiativen von der Politik ernster genommen, wenn sie ehrenamtlich getragen sind. Wir atmen auf. Bisher hatten wir im „Geht nicht, gibt’s nicht-Land“ immer nur gehört, dass Initiativen ohne bezahlte Unterschriftensammler keine Chance hätten. Es geht eben doch auch anders. Das ist es, was auch die Bürgerinnen und Bürger bei Abstimmungen signalisieren, bei denen viel, zu viel Geld im Spiel ist. Transparenzregeln sehen vor, dass jede Initiative ihr Gesamtbudget offen legen muss. Wie bei einem Gewässer, das umkippt und erstickt, wenn zu viele Nährstoffe eingetragen werden, empfinden die Menschen die riesigen Summen wie eine Trübung, nicht wie eine Klärung der Argumentation um eine Sache – und setzen ihr „Nein“ dort, wo das meiste Geld geflossen ist.

Noch ein Beispiel, wie der Macht des Geldes beizukommen ist, ist das „clean election system“. Danach erhalten Kandidaten, die zu einer Wahl antreten, öffentliche Mittel für ihren Wahlkampf, wenn sie sich verpflichten, kein Geld von Unternehmen zu nehmen. In Arizona eingeführt 1998, angestoßen durch eine Initiative, die sich seit 30 Jahren für mehr Demokratie einsetzt. Bei der letzten Wahl 2010 hat die Hälfte der Kandidaten dies genutzt.

Auch wenn die Unterschriftenhürden sich für uns in Deutschland moderat anhören, haben sich diese jedoch seit 100 Jahren nicht verändert, die Einwohnerzahl aber ist gestiegen, die Städte sind zu riesigen Ballungsräumen verwachsen. Arizona hatte 1912 zur Staatsgründung, mit der gleichzeitig die direkte Demokratie eingeführt wurde, 2 Millionen Einwohner, heute sind es 6 Millionen. Kalifornien war zu der Zeit auch nicht größer; heute aber leben hier 38 Millionen Menschen. Wir wissen aus eigener Praxis, dass es in größeren „Gemeinden“ schwieriger ist, Unterschriften zu sammeln. Die Hürden müssten gesenkt werden. Das sieht auch Dane Waters so, dessen Organisation gerade in Kalifornien an der Unterschriftenhürde gescheitert ist, obwohl 32.000 Ehrenamtliche versucht haben, in fünf Monaten die notwendigen 500.000 Unterschriften zu sammeln. Die letzte erfolgreiche Unterschriftensammlung in Kalifornien allein mit Ehrenamtlichen war 1982.

Er macht noch einen anderen Vorschlag: Ein Volksbegehren sollte die Möglichkeit haben, wenn eine niedrige Unterschriftenhürde erreicht ist, die Initiative dem Parlament vorzulegen. Bis dahin könnten die Initiativen versuchen, allein mit ehrenamtlichen Sammlern auszukommen. Dies würde die direkte Demokratie entkommerzialisieren, aber auch den Dialog zwischen Initiativen und Parlament verstärken und könnte so manches Volksbegehren vermeiden. Irgendwie kommt uns das bekannt vor. Genau: Es ist die dreistufige Volksgesetzgebung, bei der sich das Parlament gleich nach der Volksinitiative mit dem Gesetzentwurf befasst, die wir in manchen Bundesländern haben. Die gilt hier als Lösungsansatz, um die Geldflüsse zu reinigen. In Oregon ist jüngst die Bezahlung der Sammler für gesammelte Unterschriften verboten worden; erlaubt ist nur noch ein Stundenlohn. Gleichzeitig wurde zugelassen, dass Unterschriftsbögen auch per Post potentiellen Unterschreibern zugesandt werden können, also die Unterschriftensammlung nicht mehr ausschließlich durch Sammler erfolgen muss – in Deutschland bei freien Sammlungen längst üblich. Damit ist in Oregon bereits Wirklichkeit, was in Kalifornien und Arizona noch überlegt wird.

Joe Mathews, der als Journalist arbeitet, erkundigt sich nach der Kostenerstattung für Volksbegehren, die es in Deutschland bereits in sechs Bundesländern gibt, nicht aber in den USA, auch nicht in der Schweiz. Noch während wir reden, schreibt er seinen Beitrag für einen Radiosender. Wir scheinen mit unseren Überlegungen manchmal sogar den Problemen der direkten Demokratie im amerikanischen Westen voraus. Verunsichern müssen uns die US-amerikanischen Erfahrungen jedenfalls nicht.

Noch eine Erkenntnis aus Arizona: Überall begegnen uns Menschen, die sehr wohl sehen, welche Geld-Fallen die direkte Demokratie stellt und die überlegen, wie hier gegenzusteuern ist. Die Parlamente sind es, die sich verweigern. Sie nutzen – jedenfalls in Arizona – die direkte Demokratie weit mehr als Initiativen aus dem Volk. Neun von zehn Abstimmungen wurden im November 2010 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt, vorrangig solche, die beim Volk vermeintlich beliebt sind! Wir fragen bei einem Treffen mit republikanischen Kommunalpolitikern, ob sie uns Beispiele für Bürgerbegehren aus der Bevölkerung nennen können. Mehr als zwei fallen ihnen nicht ein, während sie dauernd ihren Einwohnern Themen zum Entscheid vorlegen. 100 Jahre wird die direkte Demokratie in Arizona im kommenden Februar alt.

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck
aus Phoenix und Portland, 24.9.2011

Wieder mehr reden

Erst in sechs Bundesländern gibt es vor einem Volksentscheid eine Abstimmungsbroschüre. In Kalifornien, Arizona, Oregon ... sind die „Voter Pamphlets“ ganz selbstverständlich. Die Staatssekretärin in Kalifornien ist stolz auf das Heft, das sie verantwortet: „Nirgendwo in den USA werden die Menschen so umfangreich vor den Abstimmungen informiert wie hier.“ Die Abstimmungshefte sind sogar Schulmaterial: Auf Initiative des Staates veranstalten viele Schulen vor einer Volksabstimmung Diskussionen und Testabstimmungen. Ob die Hefte allerdings von den Abstimmenden gelesen werden, weiß sie nicht. In Arizona folgt eine Initiative, die Mehr Demokratie ähnlich ist, ihrem Bauchgefühl und drückt zu dem dicken staatlichen Heft eine Zusammenfassung, in der Hoffnung, dass diese eher gelesen wird. Etwas weltweit Einmaliges lernen wir in Oregon kennen, die „Citizen Initiative Review“. Vor einer Volksabstimmung werden aus 10.000 Einwohnern 24 per Zufallsverfahren und unter Beachtung repräsentativer Gesichtspunkte ausgewählt. Die Gruppe beschäftigt sich dann unter Anleitung mehrerer Moderatoren fünf Tage lang mit dem Anliegen der Initiative. Eingeladen werden Befürworter und Gegner; die Gruppen tagen aber auch unter sich, reden, bilden sich eine Meinung. Das Ergebnis wird mit einer Pressekonferenz bekannt gegeben und – wichtig: im Abstimmungsheft abgedruckt. Dabei wird dargestellt, worauf sich die 24-köpfige Gruppe in ihrer Einschätzung geeinigt hat, wie viele aus der Gruppe für die Initiative sind und wie viele dagegen; selbstverständlich werden auch die Argumente aufgeführt. Tests haben ergeben, dass diese Teile der Abstimmungsbroschüre zweieinhalb Mal intensiver gelesen werden als der sonstige Text. Offensichtlich vertrauen die Menschen der Position der Gruppe, jedenfalls mehr als dem Parlament und den Initiativen, die oft mit Hilfe großer Unternehmen agieren. Das Abstimmungsverhalten hat sich bei einem uns präsentierten Beispiel verändert, ja sogar fast umgekehrt: Von denen, die die Einschätzung der Gruppe nicht kannten, haben 66 % für die Initiative gestimmt, von denen, die sie kannten, nur 40 %. Seit 2007 wird das Projekt getestet und gehört nun in Oregon fest zum Verfahren der direkten Demokratie.

Die Abstimmungsbroschüre sollte überall zur Pflicht werden; aber dabei muss es nicht bleiben. If we end developing democracy, democracy will begin to end.

Daniel Schily und Ralf-Uwe Beck
aus Portland, 25.9.2011

